

Editorial:

Möglichkeiten der Entwicklung und Förderung transnationaler Demokratie in Europa

Die Europawahl von 2014 war, so der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz in diesem Newsletter, „ein Experiment, das es in der Geschichte noch nicht gegeben hat“. Nun komme der Zivilgesellschaft, so Martin Schulz, „eine zentrale Rolle zu, denn Politik und eine Gesellschaft brauchen die Mitwirkung und das Engagement möglichst vieler sowie den konstruktiven Dialog und kritischen Blick von außen“. Mehr Bürgerbeteiligung, so Reinhard Silberberg, trage wesentlich zur demokratischen Legitimität europäischer Politik bei. Eine besondere Herausforderung stellt sich freilich mit europafeindlichen Parteien und Bewegungen.

Durch die Wahl des erfolgreichen Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker durch das Europäische Parlament zum Präsidenten der Europäischen Kommission, so Richard Kühnel, ist die „demokratische Legitimation der gesamten Europäischen Kommission“ gestärkt worden. Die neue Kommission habe bereits in den ersten Wochen ihrer Amtszeit ein verbindliches Lobbyisten-Register für alle drei europäischen Organe vorgelegt. Zudem seien mit der Europäischen Bürgerinitiative direkte Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger gegeben, ergänzt um „Konsultationen“, „Strukturierte Dialoge“, „Bürgerdialoge“ und das Amt eines „Europäischen Bürgerbeauftragten“ und das „Petitionsrecht“.

Bei Zivilgesellschaft als Partner und Adressat, so Beate Kohler-Koch, müsse „eine klare Trennlinie gezogen werden zwischen der organisierten Zivilgesellschaft (den NGOs) und dem zivilgesellschaftlichen Engagement von Bürgern“. Das nicht oder nur schwach organisierte Engagement in der Europapolitik nimmt bislang eher eine Randstellung ein. Die von der Kommission angebotenen Beteiligungsformate, auch online, werden kaum genutzt. Dies sieht ganz anders aus bei der organisierten Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene: Bereits in den 1990er Jahren hatte sich die Kommission „sehr aktiv für den Aufbau und die Konsolidierung europäischer Verbände der Zivilgesellschaft“ eingesetzt. Es entwickelten sich dann auch Formen zivilgesellschaftlicher Partizipation. Allerdings kann, so Kohler-Koch, die Fülle von Formen der Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft nicht darüber

hinwegtäuschen, dass es sich hier vorwiegend um „Mitsprache ohne Mitwirkung“ handele, da eine „mangelnde Bereitschaft der Kommission (besteht), auf die Positionen der NGOs inhaltlich einzugehen und ihnen in der Politik Rechnung zu tragen“. Sie spricht kritisch von Formen „gelenkter Partizipation“ und erläutert dies anschaulich am bisherigen Umgang mit der Nutzung des Instruments der „Europäischen Bürgerinitiative“ (EBI). Über 20 Initiativen sind erst gar nicht zugelassen worden. Derzeit läuft eine Kampagne zum Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), die gegen die Nichtzulassung als EBI Klage beim Europäischen Gerichtshof einreichen wollen. Durch die Stärkung des Europäischen Parlaments drohe gar „die Zivilgesellschaft als Quelle politischer Legitimität an Bedeutung“ zu verlieren. So sei es insbesondere von den politischen Strategien der organisierten Zivilgesellschaft in Europa abhängig, ob diese mit Hilfe einer Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger und des Einschlusses des breiteren Engagements „Ansätze für eine transnationale Zivilgesellschaft“ schaffen oder eher auf eine „weniger konfrontative Bündnispolitik mit der Kommission“ setzen.

Vor diesem Hintergrund sind Aufgaben und Zusammensetzung bestehender europäischer Abstimmungsinstitutionen der nationalen Zivilgesellschaften in Europa wie der Wirtschafts- und Sozialausschuss, dessen Arbeit Renate Heinisch darstellt, im Kontext einer breiter ansetzenden Strategie zu bedenken.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement diskutiert in seinen europäischen Netzwerken die Bedarfe und Konturen einer europäischen Engagement- und Demokratiep politik. Dies setzt die Kenntnis der kritischen Aspekte bisheriger Praxis und Konzeption wie auch der guten Möglichkeiten ihrer zukünftigen Gestaltung voraus. Der Text zur „Engagement- und Demokratiep politik in Europa“ gibt einen Überblick über die Diskussionen darüber, wie die erhofften Beiträge der Zivilgesellschaft zur transnationalen Demokratie in Europa durch entsprechende politische Rahmgebung und förderpolitische Instrumente der Engagement- und Demokratiep politik in Europa am besten entwickelt werden können.